Stand: 07.09.2026 02:08:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/21251

"Zukunftsplan Mobilität für eine Verkehrswende in Bayern 2030 - Mobilitätssicherung für Land und Stadt"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/21251 vom 21.03.2018
2. Plenarprotokoll Nr. 128 vom 22.03.2018
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/22272 des WI vom 17.05.2018
4. Beschluss des Plenums 17/22632 vom 06.06.2018
5. Plenarprotokoll Nr. 133 vom 06.06.2018

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 21.03.2018 **Drucksache** 17/**21251**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Zukunftsplan Mobilität für eine Verkehrswende in Bayern 2030 – Mobilitätssicherung für Land und Stadt

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mit einem Masterplan Mobilität eine Verkehrswende in Bayern bis 2030 in die Wege zu leiten. Er etabliert ein Leitbild Mobilität statt Verkehr. Er sichert und befriedigt Mobilitätsbedürfnisse in Land und Stadt. Diese sind in den Vordergrund aller politischen Entscheidungen zu stellen und zielgenau umzusetzen.

Das Ziel muss sein, Mobilität zu sichern mit kürzeren Wegen, kostengünstiger, umweltschonender und letztlich effizienter.

Verkehr darf nicht mehr nur schneller, leichter und flüssiger, somit auch attraktiv und billig gemacht werden, um überwiegend städtische Zentren zu fördern.

Ein Paradigmenwechsel ist notwendig: Statt zusätzlicher Personen- und Tonnenkilometer muss es in Zukunft um Mobilität zur Abdeckung von Bedürfnissen und um eine Verringerung des Verkehrs in allen Räumen gehen:

1. Der Masterplan etabliert dieses neue Leitbild auf allen Ebenen und bei allem landespolitischen Handeln in Raumordnungspolitik, in der Verkehrsplanung und der Verkehrspolitik.
2. Der Masterplan sorgt dafür, dass Mobilität insgesamt, Straße wie Schiene und hier insbesondere der öffentliche Personenverkehr, technologisch, umweltfreundlich, flächensparend, organisatorisch und finanziell weiterentwickelt wird.
3. Der Masterplan berücksichtigt in hohem Maße, dass eine Verkehrswende nicht nur eine kommunale, sondern überwiegend auch eine freistaatliche Aufgabe ist.
4. Der Masterplan setzt laufende und lang geplante Verkehrsprojekte besonders in den Ballungsräumen München, Nürnberg, Fürth, Erlangen, Augsburg und in den Großstädten Regensburg, Würzburg und Ingolstadt bis zum Jahr 2030 um. Hierzu zählen u. a. Projekte wie die 2. Stammstrecke in München und die Ergänzung des S-Bahn-Systems, die Realisierung der Stadt-Umland-Bahn Nürnberg – Erlangen – Herzogenaurach als auch die Errichtung eines S-Bahn-ähnlichen Systems im Raum Augsburg.
5. Der Masterplan schafft ein breit angelegtes, langfristiges und flexibles Aktionsprogramm, dass Mobilität ein wichtiger Eckpfeiler unseres Sozialstaats bleibt und gesellschaftliche Teilhabe aller Personengruppen in allen Regionen ermöglicht. Als beispielhafte Handlungsfelder sind zu nennen: Vorhandene kommunale Angebote besser auszulasten zum Zwecke des Gemeinwohls, ohnehin stattfindende Fahrten von Pendlern und Lieferanten für die Mitnahme von weiteren Personen öffnen, aktive Mobilität zu Fuß, mit dem Fahrrad oder Pedelec zu fördern, die Entwicklung und Umsetzung eines Schnellbuslinienkonzepts für Haupt- und Tangentialverkehrsachsen zu ermöglichen und eine anbieter- und verkehrsmittelübergreifende Mobilitätsplattform (Mobilitäts-App) zu entwickeln für die Nutzung durch Kommunen oder Regionen. Neue Mobilitätsangebote sind gerade für ländliche Räume zu erproben, mit Monitoringkonzepten auszuwerten, die Erkenntnisse öffentlich zu kommunizieren und best practice-Fälle zu übertragen.
6. Finanzielle Unterstützungen und Anreizsysteme zur Förderung des ÖPNV sind fortzusetzen, deutlich aufzustocken und mobilitätsgerecht und raumspezifisch anzupassen und neu aufzulegen. Hierzu zählen u. a. die ÖPNV-Zuweisungen, spezielle Förderprogramme zur Verbesserung der Mobilität im ländlichen Raum, Mittel für die umweltfreundliche Fahrzeugförderung sowie die Bereitstellung einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur zur Schaffung, Unterstützung und Anwendung einheitlicher Tarifsysteme, Fahrpläne und spezifischer Mobilitätsangebote („on demand“).
7. Der SPNV muss insbesondere in ländlichen Räumen um getaktete, regionale Buslinien ergänzt werden, um fehlende Schienenverkehrsangebote auszuweiten.
8. Verkehrs- und Tarifverbünde sind landesweit zu fördern und auszubauen, genauso wie touristische Verkehrsverbünde als Pilotregionen entwickelt werden könnten, um ein Denken und Handeln in Mobilitätsketten zu ermöglichen. Mit regionalen Ausschreibungen können Kostentransparenz und

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Wettbewerb gefördert werden, wobei Ausschreibungslose und Bedingungen so zu gestalten sind, dass regionale Unternehmen reale Chancen haben, die Ausschreibungen zu gewinnen.

9. Regionale Aufgabenträger, insbesondere kleinere Kommunen, sind durch die Errichtung einer zentralen Servicestelle bei allen Projekten und Maßnahmen zur Sicherung der Mobilität durch eine zentrale Servicestelle zu beraten und zu unterstützen.
10. Im Rahmen eines Entwurfs für einen zweiten Nachtragshaushaltsplan 2018 hat die Staatsregierung die Voraussetzungen zu schaffen für eine deutliche Erhöhung der finanziellen Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in Bayern auf der Straße und der Schiene, um die Umsetzung eines flächendeckenden Masterplans zur Sicherung der Mobilität in Land und Stadt für 2030 zu gewährleisten.

Begründung:

Noch im Sommer letzten Jahres hat das bayerische Kabinett am 18.07.2017 zahlreiche Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV in Bayern beschlossen. Nahezu alle diese Maßnahmen begannen mit einer nicht näher definierten Zielstellung „Ziel ist es …“ ohne Zeithorizont.

Noch als designierter Ministerpräsident hat der jetzt gewählte Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigt „Wir wollen die komplette Planung für den ÖPNV der Zukunft“ mit der Zielstellung, dies bis 2050(!) zu ermöglichen.

Angesichts der wenig konkreten Zielvorstellungen, angesichts des weit in der Zukunft liegenden Zeithorizonts und angesichts mangelhafter finanzieller Förderung des öffentlichen Verkehrs in Bayern ist es dringend erforderlich, analog zur Energiewende in Bayern eine Verkehrswende mit einem entsprechenden Masterplan für Mobilität bis 2030 aufzulegen.

Trotz finanzieller Verbesserungen im Nachtragshaushalt 2018 wurden im Jahr 2017 in Bayern „nur“ rund 200 Mio. Euro als Finanzhilfen für den ÖPNV aufgewendet. Originäre Landesmittel waren nach Abzug von 35 Mio. Euro Regionalisierungsmitteln (Bund) und 50 Mio. durch den Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund „nur“ 115 Mio. Euro. Hinzu kommen rund 48 Mio. Euro an Ausgleichsleistungen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im Nahverkehr.

Im Zeitverlauf hat sich die ÖPNV-Finanzierung in Bayern seit 2003 mit einem kumulierten Fehlbetrag von 830 Mio. Euro aufgebaut. Die jährlichen Fehlbeträge gegenüber 2003 betrugen in den letzten Jahren rund 60 Mio. Euro.

Obwohl die Verkehrsleistung bei der Beförderung mit Eisenbahnen gegenüber der Beförderung mit Omnibussen im Linienverkehr in einem Verhältnis von 5 Prozent zu 88 Prozent (Rest Tram und U-Bahnen) steht, ist der staatliche Mitteleinsatz genau „spiegelverkehrt“. Beförderten die Busse in Bayern 2015 rund 760 Mio. Fahrgäste, wurden im SPNV lediglich 36 Mio. Fahrgäste befördert (Tram und U-Bahnen 735 Mio.).

Während Bayern vom Bund aktuell mehr als 1 Mrd. Euro an Finanzhilfe für den SPNV erhält, werden „nur“ rund 200 Mio. Euro an Finanzhilfen aus Bayern für den ÖPNV geleistet. Allein schon die hohen Fahrleistungen im ÖPNV sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum rechtfertigen eine deutlich bessere Finanzausstattung durch den Freistaat Bayern.

Nicht nur in den Ballungsräumen, sondern insbesondere in den ländlichen Räumen müssen die Grundbedürfnisse der Bevölkerung für Mobilität befriedigt und gesichert werden. Allein der ausschließliche Bau attraktiver und schneller Straßen, ein Ausbau der Fernverkehre auf der Schiene löst diese Defizite nicht, sondern fördert weite und längere Verkehre und verstärkt die Zentralisierung von Wirtschafts-, Versorgungs- und Bildungsstandorten.

Es ist an der Zeit, endlich eine Perspektive für eine Verkehrswende zu entwickeln und mit geeigneten Maßnahmen umzusetzen, die eine integrierte Strategie, basierend auf einer überwiegenden Nahverkehrsorientierung, Mobilität in Bayern in Land und Stadt im Jahr 2030 sichert.

Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/21278, das ist der Antrag der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos) und Günther Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Damit wurde dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Anträge zum Thema Pflege.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion abstimmen, das ist der Antrag auf Drucksache 17/21247. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER sowie Frau Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos) und Herr Kollege Günther Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen damit zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU auf Drucksache 17/21277. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte Sie, jetzt die Stimmkarten einzuwerfen. Die Abstimmung ist eröffnet. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.28 bis 16.33 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich die Sitzung wieder aufnehmen kann.

Zum weiteren Ablauf der Sitzung möchte ich, weil auch schon Nachfragen kamen, das Hohe Haus darüber informieren, dass sich die Tagesordnungspunkte 19 mit 22, das sind die Anträge zu den Neonicotinoiden auf den Drucksachen 17/19273, 17/19819, 17/19641 und 17/19622, erledigt haben.

Die Tagesordnungspunkte 13 bis 15, das sind die Anträge zur Kennzeichnungspflicht für bayerische Polizeibeamte auf den Drucksachen 17/18990, 17/19244 und 17/19264, werden im Einvernehmen der Fraktionen auf die Plenarsitzung am 18. April 2018 verschoben.

Schließlich haben wir noch den Antrag unter Tagesordnungspunkt 18. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Frauenfeindlich motivierte Kriminalität erfassen und bekämpfen", Drucksache 17/18888. Auch dieser Antrag wurde in Übereinstimmung aller Fraktionen verschoben. – Diese Informationen habe ich bekannt gegeben, damit es keine weiteren Irritationen gibt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Bienen retten! Einsatz von Neonicotinoiden beenden", Drucksache 17/21274, bekannt. Mit Ja haben 54 gestimmt, mit Nein 79. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich gebe bekannt, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/21249 mit 17/21255 sowie auf den Drucksachen 17/21279 mit 17/21281 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen werden.

Dann darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Bernhard Seidenath und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Situation der Pflege durch Personaluntergrenzen verbessern!", Drucksache 17/21277, bekannt geben. Mit Ja haben 122 gestimmt. Niemand hat mit Nein gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 11. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag mit großer Mehrheit angenommen. – Ich bedanke mich.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 10 und 11** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes
Einführung einer Obergrenze für den Flächenverbrauch (Drs. 17/16760)
- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(Drs. 17/20613)

und

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 17.05.2018 **Drucksache** 17/**22272**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/**21251**

Zukunftsplan Mobilität für eine Verkehrswende in Bayern 2030 - Mobilitätssicherung für Land und Stadt

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Annette Karl**
Mitberichterstatter: **Eberhard Rotter**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 81. Sitzung am 12. April 2018 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Enthaltung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 197. Sitzung am 17. Mai 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Enthaltung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 06.06.2018 **Drucksache** 17/**22632**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**21251**, 17/**22272**

Zukunftsplan Mobilität für eine Verkehrswende in Bayern 2030 – Mobilitätssicherung für Land und Stadt

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung
über Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner gestrigen Sitzung die unter Nummer 3 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit, Bundesratsdrucksache 155/18 betreffend den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und ferner darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden. Einschlägig sind hier die Drucksache 17/22325 sowie die Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/22363. Die Beratung im Bundesrat ist für den kommenden Freitag vorgesehen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmverhalten der Fraktionen hierzu ist in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Von der Abstimmung ausgenommen ist die **Listennummer 4**, das ist der Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm betreffend "Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte*n für Bayern ernennen", der auf Wunsch von Frau Stamm in einer der nächsten Plenarsitzungen einzeln beraten werden soll.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 29. März 2018 (1 BvR 1619/17) betreffend Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen

   a) Art. 8 Abs. 1 Satz 1, Art. 9, Art. 10 Abs. 1, Art. 11 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Nr. 1 und 2, Art. 12 Abs. 1, Art. 13, Art. 15 Abs. 2 und 3, Art. 16 Abs. 1, Art. 17 Abs. 2 Satz 1, Art. 18 Abs. 1, Art. 19 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1, Art. 23 Abs. 1 Satz 1 und 3, Art. 25 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Nr. 2 und 3 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG) vom 12. Juli 2016 (BayGVBl. S. 145, BayRS 12-1-I),

   b) Art. 30 Abs. 3 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2015 (BayGVBl. S. 458)

   PII-G1320.17-0004
   Drs. 17/22207 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

   I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.

   II. Die Verfassungsbeschwerde ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.

   III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 03. April 2018
(Vf. 5-VIII-18) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnerinnen
   1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
   2. Bayerische Staatsregierung

   vom 26. März 2018 über die Frage, ob § 1 Nr. 2 bis 6, 8, 9, 11 und 12 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388) die Bayerische Verfassung verletzen
   PII/G1310.18-0006
   Drs. 17/22208 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
   II. Der Antrag ist unbegründet.
   III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	A

Europaangelegenheit

3. Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Alexander König,
Dr. Franz Rieger u.a. CSU,
Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, COM (2018) 184 final, BR-Drs. 155/18
Drs. 17/22325, 17/22363 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm
Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte*n für Bayern ernennen
Drs. 17/16942, 17/22211 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Standards der Unterbringung und Gewaltschutzkonzepte in bayerischen Asylbewerberunterkünften und Aufnahmeeinrichtungen
Drs. 17/17306, 17/22112 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Versäumnisse im Mordfall in der Unterkunft bei Arnschwang
Drs. 17/17307, 17/22212 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm
Unterkünfte für queere Geflüchtete und Schaffung der Position einer Landesbeauftragten bzw. eines Landesbeauftragten für queere Geflüchtete
Drs. 17/18013, 17/22230 (A)

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	A	ENTH

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Enthaltung“ der Abstimmung zugrunde zu legen.

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Schutz vor sexueller Gewalt im Gleichstellungsgesetz umsetzen
Drs. 17/18710, 17/22010 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sexualisierte Gewalt verhindern und wirksam bekämpfen: Bayerisches Gleichstellungsgesetz reformieren
Drs. 17/18723, 17/22011 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Assistierte Ausbildung erhalten und weiterentwickeln
Drs. 17/20364, 17/22248 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlängerung der S-Bahn von Dombühl nach Crailsheim
Drs. 17/20531, 17/22263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Halbstundentakt für die Neubaustrecke Nürnberg – Erfurt: Angebotsverbesserungen erfolgreich in die Fläche bringen
Drs. 17/20536, 17/22264 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Amazon und Co. – Einfluss von Online-Marktplätzen auf den bayerischen Einzelhandel
Drs. 17/20807, 17/22265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Milliarden-Infrastruktur erhalten – Sanierungssituation des öffentlichen Kanalnetzes zeitnah verbessern
Drs. 17/20827, 17/22137 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorranggebiete für die Landwirtschaft in der Regionalplanung ermöglichen
Drs. 17/20832, 17/22266 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bundesmittel auch für SPNV-Strecken bereitstellen
Drs. 17/20927, 17/22267 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer CSU
Run-off-Entwicklung in der Versicherungswirtschaft
Drs. 17/20996, 17/22268 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbesserungen des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm
Drs. 17/21007, 17/22269 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

19. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Verwaltungsangestellte an den Schulen in Bayern verdienen mehr – bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Arbeitsverträge
Drs. 17/21016, 17/22249 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Ilona Deckwerth, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD
Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt verbessern – öffentliche Aufträge nur bei Einhaltung der Beschäftigungsquote
Drs. 17/21137, 17/22233 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Stärkung betrieblicher Kinderbetreuungsangebote verbessern
Drs. 17/21138, 17/22234 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier u.a. CSU
Digitale Bereitstellung aller Bauleitpläne
Drs. 17/21140, 17/22270 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Weitere Behandlung der offenen Fragen zur Verwendung der öffentlichen Mittel für die Sanierung des Neuen Schlosses Pappenheim
Drs. 17/21148, 17/22279 (E)

Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Selbstständigkeit und Arbeitsmotivation junger Menschen in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe fördern – Bestimmungen zur Anrechnung eigenen Einkommens verbessern
Drs. 17/21156, 17/22244 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine aussagekräftige Klimabilanz Bayern
Drs. 17/21157, 17/22043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Überprüfung der Auswirkungen und Umsetzung einer bundes- und europaweiten Milchmengenreduzierung
Drs. 17/21227, 17/22078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lieferengpässen bei Cannabis für medizinische Zwecke entgegenwirken
Drs. 17/21228, 17/22252 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
EEG-Umlage für hocheffiziente KWK erhalten und schnell Rechtssicherheit schaffen
Drs. 17/21250, 17/22271 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Zukunftsplan Mobilität für eine Verkehrswende in Bayern 2030 – Mobilitätssicherung für Land und Stadt
Drs. 17/21251, 17/22272 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	ENTH

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Cross Compliance: Kontrollen auch bei Haupterwerbsbetrieben mindestens 24 Stunden vorher anmelden und verträglich gestalten!
Drs. 17/21255, 17/22232 (A)

Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

31. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Für ein gutes Miteinander der Generationen:
Mehrgenerationenhäuser in Bayern gerecht und unbürokratisch fördern!
Drs. 17/21265, 17/22245 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Boden in Bayern als natürliche Lebensgrundlage schützen, Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts dauerhaft verbessern – eine Humusstrategie für Bayern
Drs. 17/21267, 17/22247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

33. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Inge Aures u.a. SPD
Umsetzung von EU-Recht in Bayern
Drs. 17/21272, 17/22061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reduzierte EEG-Umlage für KWK-Anlagen erhalten – Bayerisches KWK-Förderprogramm auf den Weg bringen
Drs. 17/21279, 17/22273 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	ENTH

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Faire Bezahlung von Frauen und Männern vorantreiben – Lösungen auf den Weg bringen
Drs. 17/21281, 17/22113 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berufsgrundschuljahr für Geflüchtete gestatten – geplante Prüfung durch Ausländerbehörden entfallen lassen
Drs. 17/21450, 17/22259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bienensterben stoppen – Keine bienengefährlichen Pestizide in Haus- und Kleingärten
Drs. 17/21453, 17/22304 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Eric Beißwenger, Eberhard Rotter u.a. CSU
Nutzung von Wegen im Voralpen- und Alpinengebiet durch Mountainbiker regeln
Drs. 17/21454, 17/21996 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	Z

39. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Hebammenhilfe: Steigerungssatz für privat versicherte Patientinnen auf 2,0 erhöhen
Drs. 17/21458, 17/22253 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Trinkwasserverordnung
Drs. 17/21459, 17/22254 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

41. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf, Volker Bauer u.a. CSU
Vereinfachung der Eingrünungspläne
Drs. 17/21488, 17/21997 (G)
Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

42. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Judith Gerlach u.a. CSU
Grundlegende Beratungsstruktur für ehemalige Heimkinder in Bayern auch über das Auslaufen des Fonds Heimerziehung hinaus aufrechterhalten
Drs. 17/21489, 17/22235 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Ingrid Heckner, Wolfgang Fackler u.a. CSU
Umsetzung der Vorgaben des Arbeitssicherheitsgesetzes und des Arbeits- und Gesundheitsschutzes bei der Bayerischen Polizei
Drs. 17/21539, 17/22138 (E) [X]

Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Arbeitszeitmodelle bei der Bayerischen Polizei nicht weiter an der Realität vorbei planen – Handlungsspielraum für die Polizei schaffen!
Drs. 17/21547, 17/22096 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

45. Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Ingrid Heckner, Wolfgang Fackler u.a. CSU
Dienstvereinbarung zu Arbeitszeitmodellen im Schicht- und Wechselschichtdienst bei der Bayerischen Polizei
Drs. 17/21592, 17/22097 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

46. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte u.a. SPD
Volle Berücksichtigung von Zeiten der Teilzeitbeschäftigung bei Berechnung der Wartezeit für einen Anspruch auf Ruhegehalt
Drs. 17/21675, 17/22012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

47. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD
Karenzzeit auch für Beamte der höheren Qualifikationsebenen
Drs. 17/21677, 17/22013 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	ENTH

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wertvolle Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in Bayern fortführen
Drs. 17/21034, 17/22260 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z